

**Lieferung von Natronlauge
für die GWK – Gemeinschaftsklärbauk Bitterfeld-Wolfen GmbH
Vergabenr. BET26_0120NaOH**

ZVB – Geheimhaltungsvereinbarung (GWK 10)

Vorbemerkung

Gemäß BSI-KritisV, Teil 3, Anlagenkategorien und Schwellenwerte wird der Auftraggeber als Betreiber Kritischer Infrastrukturen geführt. Der Auftragnehmer ist als Dienstleister für den Auftraggeber tätig. Im Rahmen seiner Tätigkeiten kommt es zu Schnittstellen mit den informationstechnischen Systemen, Komponenten oder Prozessen des Auftraggebers. Zur Wahrung jeglicher Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse sowie vertraulichen Informationen (nachfolgend zusammenfassend: Informationen) des Auftraggebers und seiner unmittelbaren oder mittelbaren Kunden, insbesondere jeglicher Unternehmen, bei denen zugeleitete Abwasser anfallen und zur Einhaltung der erforderlichen Nachweise gemäß § 8a (3) BStG zur Vermeidung von Störungen der Verfügbarkeit, Integrität, Authentizität und Vertraulichkeit ihrer informationstechnischen Systeme, Komponenten oder Prozesse (gemäß § 8a (1) BStG), schließen die Parteien mit Wirkung sowohl für die Vorbereitung ihrer möglichen Zusammenarbeit, die laufende Zusammenarbeit als auch für das aus einem Angebot des Auftragnehmers etwa erwachsende Vertragsverhältnis die nachfolgende Geheimhaltungsvereinbarung. Jegliche Informationen sind auch dann vertraulich zu behandeln, wenn es nicht zu einer Auftragserteilung kommt.

1. Geheimhaltung/Definitionen

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle von dem Auftraggeber im Rahmen dieser Vereinbarung oder eines nachfolgenden Vertragsverhältnisses überlassenen oder aufgrund dieser Zusammenarbeit erlangten Informationen geheim zu halten und keinem Dritten zu offenbaren.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, in der Kommunikation innerhalb seines Unternehmens und im Verkehr nach außen zur Einhaltung höchster Vertraulichkeitsstandards entsprechend aktuellstem Stand der Technik. Insbesondere wird er Informationen nicht unverschlüsselt über Internet-Dienste übertragen. Er wird auf den Einsatz geeigneter Firewall-Systeme sowie eine stets auf aktuellem Stand befindliche Virenkontrolle achten. Auf bestehende oder drohende Sicherheitslücken wird er den Auftraggeber hinweisen. Er trägt auch Sorge dafür, dass die von ihm benutzten Rechner nicht unbefugt zugänglich, insbesondere gegen Zugriff durch Dritte durch effiziente technische Schutzsysteme und absolut sicheren Umgang mit Passwörtern, gesichert sind.
- (3) Informationen sind von dieser Vereinbarung erfasst unabhängig davon, in welcher Form sie vorliegen (schriftlich, fotokopiert, als Skizzen, technische Protokolle, elektronische Daten) und unabhängig davon, in welcher Form sie überlassen werden (sei es durch Gespräche, Ferngespräche, Datenträger unterschiedlicher Art und mittels Datenfernübertragung jeglicher Art oder per Postsendung). Umfasst werden auch alle Informationen und alles Know-how, das bei Betriebsbesuchen visuell, akustisch und/oder in sonstiger sinnlicher Weise wahrgenommen wird.

Lieferung von Natronlauge
für die GWK – Gemeinschaftskläwerk Bitterfeld-Wolfen GmbH
Vergabenr. BET26_0120NaOH

- (4) Vertraulich sind jegliche im Zusammenhang mit dem Unternehmen des Auftraggebers erlangten Informationen und betrieblichen Kenntnisse, soweit diese nicht im Einzelfall bereits öffentlich bekannt sind. Dazu gehören insbesondere, jedoch ohne Beschränkung darauf, abwassertechnische Vorgänge im Zusammenhang der Auftraggeberin, der von ihr verwendeten Verfahren, der Mengen und Qualitäten jeglicher zu- oder abgeleiteter Abwässer oder sonstiger entstehender Stoffe sowie jegliche kaufmännischen Daten der Auftraggeberin oder von deren unmittelbaren oder mittelbaren Vertragspartnern, ferner jegliche vom Auftraggeber erworbene oder entwickelte Software einschließlich Source Codes, Object Codes, Programmdokumentationen, Datenflussplänen, Benutzerdokumentationen und sonstiger technischer Grundlagen.
- (5) Die Einbeziehung von Informationen endet, wenn eine Information öffentlich bekannt ist, der Auftraggeber auf den Schutz schriftlich verzichtet oder die Information dem Auftragnehmer auf anderem Wege als durch den Auftraggeber bekannt wurde und bei dem Bekanntwerden durch niemanden eine Geheimhaltungspflicht verletzt wurde. Die Beweislast für das Vorliegen einer dieser Ausnahmen trifft den Auftragnehmer.

2. Gestattete Vorgänge und korrespondierende Verpflichtungen

- (1) Der Auftragnehmer darf vertrauliche Informationen ausschließlich in der Weise und in dem Maße handhaben (auch kopieren), wie dies zur Durchführung des Auftrages bzw. zur Erstellung eines Angebotes zweckmäßig und üblich ist. Informationen sind jedoch so zu verwahren und zu sichern, dass Missbrauch und unbefugte Kenntnisnahme ausgeschlossen sind.
- (2) Der Auftragnehmer darf Informationen nur denjenigen seiner angestellten Mitarbeiter zur Verfügung stellen, die in die Angebotserstellung bzw. Auftragserfüllung einbezogen sind, und zwar nur in dem Maße, wie das der Aufgabenstellung des Mitarbeiters im Rahmen der Zusammenarbeit entspricht. Diese Befugnis setzt jedoch voraus – wozu sich der Auftragnehmer hiermit verpflichtet –, dass der Auftragnehmer seinerseits eine entsprechende Geheimhaltungsverpflichtung auch seinen Angestellten und sonstigen Mitarbeitern vertraglich auferlegt. Bei der Auswahl und Bestellung von Wartungs-, Pflege- und sonstigem technischen Personal hat der Auftragnehmer darauf zu achten, dass die jeweils tätigen Personen ihrerseits den aktuellsten Stand der Datensicherheit beachten und in all ihren Aktivitäten der vertraulichen Natur der Auftraggeber-Informationen Rechnung getragen.
- (3) Sollte der Auftragnehmer es für erforderlich halten, im Rahmen dieser Vereinbarung Dritte hinzuzuziehen, setzt das vorab das schriftliche Einverständnis des Auftraggebers voraus. In jedem Fall hat der Auftragnehmer auch bei Vorliegen einer vorab erteilten Zustimmung mit dem Dritten eine entsprechende Geheimhaltungsvereinbarung zu schließen und bleibt der Auftragnehmer dem Auftraggeber gegenüber für die Einhaltung der Verpflichtungen durch den Dritten verantwortlich. Wenn der Dritte ein mit dem Auftragnehmer i. S. d. § 15 AktG verbundenes Unternehmen ist und seine Kenntnisnahme für die Auftragserfüllung zweckmäßig ist, darf der Auftraggeber die Zustimmung nicht ohne nachvollziehbaren Grund verweigern.
- (4) Der Auftragnehmer darf Informationen offenbaren, soweit er hierzu gesetzlich oder behördlich verpflichtet ist; auch in einem solchen Fall hat er jedoch den Auftraggeber von einer Weitergabe der Informationen so rechtzeitig im Voraus zu unterrichten, dass dieser zu widersprechen und ggf. erforderliche Schritte einzuleiten vermag.

**Lieferung von Natronlauge
für die GKW – Gemeinschaftskläwerk Bitterfeld-Wolfen GmbH
Vergabenr. BET26_0120NaOH**

3. Rückgabe von Unterlagen/Vernichtung bzw. Löschung von Daten

Der Auftraggeber verpflichtet sich, auf erstes Verlangen des Auftraggebers und/oder nach Beendigung der Zusammenarbeit bzw. Beendigung der Angebotsphase, falls es nicht zur Auftragserteilung kommen sollte, alle unter diese Vereinbarung fallenden Informationen, bspw. Dateien, Dokumente und sonstige Unterlagen, vollständig herauszugeben und ggf. zurückbleibende Informationen sicher zu löschen bzw. sachgemäß zu zerstören und die vollständige Zerstörung/unwiederherstellbare Löschung dem Auftraggeber schriftlich anzuzeigen.

4. Beginn und Dauer der Vereinbarung

- (1) Diese Geheimhaltungsvereinbarung tritt mit dem Tag der letzten Unterschrift in Kraft.
- (2) Die Geheimhaltungspflichten aus diesem Vertrag gelten zeitlich unbegrenzt.

5. Sanktionen bei Verstoß gegen Geheimhaltungs-Vereinbarung

- (1) Der Auftragnehmer wird ausdrücklich auf die Folgen der Verletzung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen gemäß Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) hingewiesen.
- (2) Er wird außerdem darauf hingewiesen, dass er bei Verletzung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen gemäß §§ 10, 11 GeschGehG zum Ersatz des entstandenen Schadens verpflichtet ist.
- (3) Verstößt der Auftragnehmer gegen eine gesetzliche oder vertragliche Geheimhaltungspflicht gegenüber dem Auftraggeber, so hat er für jede schuldhaftige Zuwiderhandlung eine vom Auftraggeber nach billigem Ermessen festzusetzende, im Streitfall vom zuständigen Gericht zu überprüfende, Vertragsstrafe an den Auftraggeber zu leisten. Der Einwand des Fortsetzungszusammenhanges wird ausgeschlossen. Auf Schadenersatzansprüche des Auftraggebers – gleich aus welchem Rechtsgrund – werden Zahlungen auf das Vertragsstrafversprechen angerechnet.

6. Gerichtsstand

Als Gerichtsstand wird Bitterfeld-Wolfen vereinbart.

7. Schriftform/Salvatorische Klausel

- (1) Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform und erfordern die schriftliche Bestätigung der Parteien. Das gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftformerfordernisses.
- (2) Änderungen und Ergänzungen zu dieser Vereinbarung werden dieser Vereinbarung als Anhang beigelegt.
- (3) Die Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieser Vereinbarung hat nicht die Unwirksamkeit der gesamten Vereinbarung zur Folge. Die Parteien werden sich anstelle der unwirksamen Bestimmung auf eine neue, solche Bestimmung einigen, die der gewollten Regelung möglichst nahekommt und rechtlich Bestand hat.